



Deutschlandticket - Schülerbeförderung

VO/2023/230 öffentlich <i>FB 2 Umwelt, Kommunal- und Ordnungswesen</i>	Mitteilungsvorlage öffentlich Datum: 27.06.2023 Ansprechpartner/in: Bearbeiter/in: Malte Nevermann

Datum	Gremium (Zuständigkeit)	Ö / N
12.07.2023	Regionalentwicklungsausschuss (Kenntnisnahme)	Ö

Begründung der Nichtöffentlichkeit

Sachverhalt

Gem. Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW vom 25. April 2023 wurde die Verwaltung darum gebeten, die folgenden Fragen zur Einführung des Bildungstickets im Kreis zu beantworten.

1. Wie hoch sind die Kosteneinsparungen des Kreises, wenn für die Schülerinnen und Schüler, die Tickets in den Preisstufen 3+ im Rahmen der Schülerbeförderungssatzung beziehen, demnächst ein Deutschlandticket statt eines regulären Tickets ausgegeben wird?

Antwort: Die Einsparungen betragen ca. 316.000 €.

2. Wie hoch sind die Mehrkosten des Kreises, wenn auch den Schülerinnen und Schülern, die derzeit Tickets in den Preisstufen 1 und 2 beziehen, ein Deutschlandticket im Vergleich zu einem regulären Ticket zur Verfügung gestellt wird?

Antwort: Die Mehrkosten betragen ca. 34.000 €.

3. Wie hoch sind die Mehrkosten des Kreises, wenn allen Schülerinnen und Schülern, unabhängig von Wohnort, Schulform und -träger und bis zur Klassenstufe 13, ein Deutschlandticket zur Verfügung gestellt wird?

a) bei einer Selbstbeteiligung von 84 Euro / Jahr (derzeitiger Eigenanteil)

Antwort: Die Mehrkosten betragen ca. 14,26 Mio. €.

b) bei einer Selbstbeteiligung von 120 Euro / Jahr (10 Euro / Monat)

Antwort: Die Mehrkosten betragen ca. 13,25 Mio. €

c) bei einer Selbstbeteiligung von 228 Euro / Jahr (19 Euro / Monat)

Antwort: Die Mehrkosten betragen ca. 10,19 Mio. €

d) bei einer Selbstbeteiligung von 348 Euro / Jahr (29 Euro / Monat)

Antwort: Die Mehrkosten betragen ca. 6,78 Mio. €

4. Welche Mehreinnahmen sind demgegenüber durch die erhöhten Fahrkartenausgaben zu erwarten? Wie hoch sind die entsprechend zu erwartenden jährlichen Kosten für den Kreis in den vier Varianten?

Antwort: Grundsätzlich ist es so, dass durch Kauf und Ausgabe eines Deutschlandtickets für bisher nicht anspruchsberechtigte Schüler gleichzeitig eine Mehrausgabe im Teilplan Schülerbeförderung, wie auch eine Mehreinnahme im Teilplan ÖPNV entsteht. Eine genaue Abschätzung der etwaigen Mehreinnahmen ist allerdings kaum belastbar möglich. Dies liegt vor allem daran das unbekannt ist, inwieweit die Schüler, die keine Fahrkarte über die Schülerbeförderung erhalten und zukünftig ein Deutschlandticket bekommen würden, bereits heute Fahrkarten erwerben, deren Einnahmen bei Ausgabe des Deutschlandtickets wegfallen würden. In den bisherigen Berechnungen zum Bildungsticket wird grob erwarten, dass 40 % der Mehrkosten durch Mehrerlöse gedeckt werden könnten. Die tatsächlich zu erwartenden Mehrkosten für die Varianten a) bis d) betragen damit:

a) 8,56 Mio. €

b) 7,95 Mio. €

c) 6,11 Mio. €

d) 4,07 Mio. €

5. Welche Konsequenzen hätte die Ausweitung des Anspruchs auf Schülerbeförderung auf alle Schülerinnen und Schüler im Kreis? Welche Maßnahmen schlägt die Verwaltung vor, um möglichen Engpässen bei der Beförderung zu begegnen und welche finanziellen Auswirkungen hätten diese?

Antwort: Um Erfahrungswerte zu sammeln hat sich die Verwaltung u.a. mit dem Kreis Dithmarschen ausgetauscht, der bereits den Anspruch auf Schülerbeförderung auf sämtliche Schüler ausgeweitet hat. Dort konnte man mit Einführung keine Engpässe und damit notwendige zusätzliche Buskapazitäten feststellen. Grundsätzlich wird erwartet, dass es auch im Kreis Rendsburg-Eckernförde keine Kapazitätsausweitungen im mehr als geringen Umfang erforderlich werden würden. Die tatsächliche Nachfrage müsste beobachtet werden und dort wo erforderlich, kurzfristig zusätzliche Buskapazitäten bereitgestellt werden, wie es u.a. in der Corona-Zeit und den diesbezüglich eingerichteten Verstärkerbussen durchgeführt wurde.

Relevanz für den Klimaschutz

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n:

Keine